

PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

Svenja Schulze (SPD), Bundesumweltministerin, gab heute, 13.05.19, dem Südwestrundfunk ein Interview zum Thema: „**10. Petersberger Klimadialog**“. Das „SWR Tagesgespräch“ führte Mirjam Meinhardt.

Mit freundlichen Grüßen
Zentrale Information

SÜDWESTRUNDFUNK

Anstalt des öffentlichen Rechts
Radio · Fernsehen · Internet

Multimediale Chefredaktion
Zentrale Information
SWR Tagesgespräch

Postadresse 76522 Baden-Baden
Hausadresse Hans-Bredow-Straße
76530 Baden-Baden

Telefon 07221/929-23981
Telefax 07221/929-22050

Internet www.swr2.de

Datum: 13.05.2019

Bundesumweltministerin Schulze hält an Vorschlägen zu CO2-Steuer fest

Baden-Baden: Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) hält vor dem Petersberger Klimadialog trotz Kritik aus der Union an der Idee der CO₂-Steuer fest. Im SWR Tagesgespräch sagte Schulze, alle Vorschläge zum Klimaschutz seien willkommen. Sie selbst habe aber bereits mit dem Klimaschutzgesetz und der CO₂-Bepreisung Vorschläge auf den Tisch gelegt, die auch mit der jetzigen Koalition umgesetzt werden könnten. Schulze betonte: „Ich glaube, dass wir das auch mit dieser Regierung hinbekommen.“

Im SWR sagte Schulze, derzeit arbeite sie mit drei Forschungsinstituten an der Idee der CO₂-Bepreisung. Vorbild für eine solche Abgabe könne z.B. die Schweiz sein. Jetzt müsse aber erst einmal genauer gesagt werden, was unter einer CO₂-Steuer zu verstehen sei. Ihr gehe es darum, dass es sich lohnen müsse, Autos anzuschaffen, die weniger CO₂ ausstoßen, oder Gebäude zu dämmen. Wenn dies deutlicher werde, dann werde die Idee auch mehr Befürworter finden. Auch in der Industrie gebe es viele, die mitmachen würden.

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Meinhardt: Frau Schulze, heute beginnt der Petersberger Klimadialog. Gerade hat auch der Weltklimarat seinen Abschlussbericht vorgelegt. Die Appelle lesen sich immer gleich, richtig voran geht es nicht. Wie frustriert sind Sie?

Schulze: Ich bin überhaupt nicht frustriert, weil ich habe eine ganze Menge ja schon durchgesetzt. Es gibt jetzt ein Klimakabinett, wo unter Leitung der Kanzlerin alle zusammenkommen und ihre Maßnahmen auf den Tisch legen müssen. Es ist vollkommen klar, dass in 2019 die ganzen Gesetze jetzt auf den Weg gebracht werden, die notwendig sind. Also, da habe ich schon eine Menge erreicht und darauf bin ich auch ein bisschen stolz.

Meinhardt: Das planen Sie alles, dass es beispielsweise jetzt das Klimaschutzgesetz dieses Jahr geben soll. Trotzdem geht das alles ziemlich langsam und man hat so ein bisschen das Gefühl, Deutschland ist vom Treiber zum Bremser geworden?

Schulze: Ja das ist so. Wir waren mal auf den vorderen Plätzen im Klimaschutz und sind weit zurückgefallen. Das darf aber so nicht weiter gehen, das ist für uns wichtig, dass wir diejenigen sind, die die innovativsten Technologien haben, dass wir diejenigen sind, die für alle Länder die technischen Lösungen auch finden. Deswegen will ich, dass wir das wieder ändern und dass wir wieder vorne mitspielen.

Meinhardt: Das scheint, auch wenn Sie das immer wieder betonen, trotzdem nicht so richtig zu klappen. Die Initiative von Frankreichs Präsident Macron, bis 2050 den CO₂-Ausstoß quasi auf Null zu bringen, die will die Kanzlerin ja auch nicht unterstützen. Ist dann quasi klar, mit der Regierung wird es nichts?

Schulze: Nein, ich glaube, dass wir auch das in dieser Regierung hinbekommen können. Ja, das ist so, dass da nicht alle sofort mit Jubel dabei sind. Aber es geht doch nichts drum rum. Wir wollen für die nächsten Generationen auch noch einen Planeten hinterlassen, auf dem man leben kann. Und das ist es, was wir im Moment tun. Wir vernichten unsere Lebensgrundlagen. Und gerade wir in Deutschland mit dem „Know how“, was wir haben, mit den vielen Leuten, die neue Dinge vorantreiben können, wir müssen doch diejenigen sein, die die Lösungen jetzt liefern. Und ich glaube immer noch, dass das geht. Da sind doch auch viele, die da mit machen wollen, auch viele aus der Industrie.

Meinhardt: Sie werben beispielsweise für eine CO₂-Steuer. Bisher sind da die Reaktionen, sag ich mal, eher verhalten, gerade aus der Union. Sie haben immer wieder betont, auch letzte Woche wieder, Sie könnten die Kollegen überzeugen schon noch irgendwie. Wie soll denn das konkret funktionieren?

Schulze: Na ja, wir müssen ja Lösungen auch für uns finden in der Regierung, wie wir es schaffen, CO₂ zu reduzieren. Ich habe zwei Vorschläge gemacht. Ich habe das Klimaschutzgesetz auf den Tisch gelegt mit konkreten Verantwortlichkeiten und das zweite ist, ich habe gesagt, dass es einen CO₂-Preis ein sinnvolles Instrument sein kann. Diese beiden Vorschläge liegen da jetzt. Ich arbeite mit drei Forschungsinstituten im Moment daran, den CO₂-Vorschlag mal genauer zu machen, also wie passt das in unser Steuersystem. Wie könnten wir Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen auch wieder Geld zurückgeben, damit sie sich das leisten können. Und wenn der Vorschlag konkret vorliegt, dann müssen andere bessere Vorschläge machen. Ich glaube, dass ich da richtig gute Vorlagen habe und dass sich das auch durchsetzen wird.

Meinhardt: In der Bevölkerung sieht es offenbar nicht ganz so aus. Umfragen sagen, dass 61 Prozent gegen eine solche CO₂-Steuer sind. Wie wollen Sie die denn überzeugen?

Schulze: Na ja, wir müssen das ja erst einmal ganz konkret machen, was eine CO₂-Steuer im Moment bedeutet. Zurzeit hat das ja noch sehr viele Bedeutungen, sehr unterschiedliche Konzepte. Und ich glaube, wenn wir erst einmal genauer sagen, was da eigentlich passiert, nämlich, dass es einen Anreiz geben soll, kleine, sparsamere Autos zu fahren, die weniger CO₂ ausstoßen, dass es sich lohnen muss, auch solche Autos anzuschaffen, dass es sich zum Beispiel lohnen muss, Gebäude zu dämmen, damit die Nebenkosten sinken für die Menschen, die dort zur Miete wohnen. Solche Dinge will ich anreizen und ich glaube, wenn das erst einmal deutlicher wird, dann werden wir auch mehr Befürworter finden.

Meinhardt: Ein Vorbild für so eine CO₂-Steuer ist die Schweiz. Die wird von Ihnen auch immer wieder genannt. Dort gibt es eine sogenannte Lenkungsabgabe. Ist vielleicht dann nur der Name das Problem?

Schulze: Na ja, über den Namen können wir uns gerne noch austauschen. Die Schweiz ist eins von ganz vielen Ländern, was so einen CO₂-Preis schon hat. Die haben gute Erfahrungen damit gemacht, genauso wie Schweden zum Beispiel. Und ich denke, dass so etwas auch ein gutes Instrument für uns in Deutschland wäre.

Meinhardt: In der Schweiz allerdings, da ist der größte CO2-Verursacher beispielsweise der Verkehrssektor nicht mit drin in dieser Abgabe. Also im Grunde taugt es nur bedingt, um so wirklich anzusetzen, oder?

Schulze: Na ja, die Schweiz hat das so entschieden, dass sie erstmal langsam anfangen und erst einmal die anderen Bereiche mit reinnehmen. Aber das muss man jeweils in dem einzelnen Land gucken, die Steuersysteme, die Abgabensysteme sind ja auch völlig unterschiedlich. Ich würde in Deutschland das für sehr sinnvoll halten, sowohl das Heizen, also die Gebäude, als auch den Verkehr mit dazu zu nehmen.

Meinhardt: es gibt Vorschläge aus der Union. Der Energieexperte Nüßlein, der sagt, man müsste im Grunde die erneuerbaren Energieträger einfach billiger machen und nicht die anderen teurer. Könnte das nicht ein Kompromissweg sein?

Schulze: Er kann das gerne mal vorlegen, wie er sich das denn ganz konkret vorstellt. Und dann können wir gerne darüber diskutieren. Mir ist wichtig, dass jetzt endlich alle Vorschläge auf den Tisch kommen. Alle zuständigen Ministerinnen und Minister müssen jetzt ja im Klimakabinett sagen, wie sie sich das für ihren Bereich jeweils vorstellen. Und dann muss man es miteinander in Verbindung bringen und diskutieren. Wir brauchen am Ende des Tages ein Konzept für Deutschland mit ganz vielen einzelnen Maßnahmen und Varianten, wie Sie hier CO2 reduzieren. Und deswegen, alle Vorschläge sind jetzt erst einmal willkommen.

- Ende Wortlaut -